

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

10.6.1931 (No. 132)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
 Carl-Friedrich-  
 Straße Nr. 14  
 Fernsprecher  
 Nr. 953  
 und 954  
 Postfachkonto  
 Karlsruhe  
 Nr. 3515

Verantwortlich  
 für den  
 redaktionellen  
 Teil  
 und den  
 Staatsanzeiger:  
 Chefredakteur  
 G. K. Menz,  
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Quadratbreite. Briefe und Gelder stel. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und bezw. gew. werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Carl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Wählungszeit Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irrtümliche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 31. Mai 1931

Angeregt durch die sehr günstige Witterung hatte die Besserung der Beschäftigungslage der Saisonarbeiter in der zweiten Hälfte des Mai einen etwas stärkeren Umfang als in der ersten Monatshälfte. Unter ihrem Einfluß hat sich die bei den Arbeitsämtern registrierte Arbeitsuchendenzahl von insgesamt 242 000 Personen auf 227 000 um 15 000 vermindert. Den zahlenmäßig höchsten Anteil an der Besserung hatten die Bauarbeiter, von denen 3900 Mann als Arbeitsuchende ausgeschieden. Sodann ist die Belastung des Arbeitsmarktes des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes infolge der weiteren Belebung in der Zigarrenindustrie um 2200 Personen zurückgegangen. Beachtliche Abnahmen der Arbeitslosenzahlen zeigten ferner die Landwirtschaft, die Industrie der Steine und Erden und das Gastwirts- und Hotelgewerbe; hier berechtigt die Abnahme der Zahlen ohne weiteres zu dem Schluß, daß sich die Beschäftigungslage in diesen Berufen entsprechend gebessert hat. In der Metallindustrie, die eine Abnahme um 1500 Arbeitsuchende aufweist, und in der Holzindustrie, haben die ausgeschiedenen Arbeiter aber größtenteils auch berufsfremde Arbeit, insbesondere im Tiefbauwesen, und in der Landwirtschaft, angenommen, so daß also die von den einzelnen Branchen der Metall- und Holzindustrie ausgehende Erleichterung entsprechend geringer einzuschätzen ist. In der Industrie sind mit Ausnahme der Sonderbewegung in der Tabakindustrie überhaupt keine konjunkturellen Besserungsercheinungen zu melden. Der Umstand, daß in der Fabrikation der Gemüsekonserven der saisonmäßig zu erwartende Kräftebedarf fast vollständig ausgeglichen ist, gibt zu der Befürchtung Anlaß, daß in der Konservenindustrie erst ein starker Konjunkturrückgang einsetzt.

Die finanzielle Belastung der Arbeitslosenversicherung hat in der zweiten Hälfte des Mai in Südwestdeutschland eine weitere Abnahme um rund 11 000 Hauptunterstützungsempfänger erfahren. In der Anspruchnahme der Krisenfürsorge ist keine Entlastung eingetreten. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 30. Mai dieses Jahres folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung  
 90 699 Personen (70 789 Männer, 19 910 Frauen),  
 in der Krisenunterstützung  
 41 608 Personen (36 936 Männer, 4 672 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 10 933 Personen oder um 7,6 v. H.

von 143 245 Personen (117 008 Männer, 26 242 Frauen),  
 auf 132 307 Personen (107 725 Männer, 24 582 Frauen);  
 davon kamen auf Württemberg 54 979 gegen 60 186,  
 und auf Baden 77 328 gegen 88 079 am 31. Mai 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 31. Mai 1931 auf 1000 Einwohner 26,3 Hauptunterstützungsempfänger gegen 17,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Über die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den einzelnen Berufsgruppen ist folgendes zu berichten:

Das Baugewerbe hatte zwar, wie schon eingangs erwähnt, wieder den stärksten Anteil an der Entlastung des Arbeitsmarktes in der Berichtzeit, aber der noch vorhandene Arbeitslosenstand von rund 35 000 verfügbaren Bauarbeitern zeigt im Vergleich zum Vorjahr, wo nicht ganz 14 000 Arbeitskräfte frei waren, und noch mehr im Vergleich zum Frühjahr 1929, wo noch kaum 7000 freie Kräfte zur Verfügung standen, deutlich die schwere Krise auf dem Bauplatz. Besonders deutlich tritt die Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse im Baugewerbe und die ungenügende saisonmäßige Entlastung zu Tage, wenn man in Betracht zieht, daß Ende Februar 1929 ebenso wie im vergangenen Winter rund 82 000 arbeitslose Bauarbeiter gegählt worden waren. Die durch die Hochwasserbeschädigungen in der zweiten Aprilhälfte unterbrochenen Notstandsarbeiten konnten in der Berichtzeit wieder voll aufgenommen werden, doch wurde infolge Verdrängung einiger anderer Notstandsmaßnahmen die Mitte April vorhandene Zahl an Notstandsarbeitern nicht mehr erreicht.

In der Industrie der Steine und Erden ist vor allem der Beschäftigungsstand der Ziegeleien vielfach noch stark zurückgeblieben, weil bei dem Darneidlegen des Baumarktes die vorhandenen Lager an fertigen Ziegeln zur Befriedigung des auftretenden Bedarfes ausreichen. Die Beschäftigung in den Steinbrüchen hat sich ebenfalls sehr unebenmäßig entwickelt; in einigen Bezirken hat die Zahl der arbeitslosen Steinhauer schon wieder zugenommen. Die von einem Schamottewerk angekündigte Stilllegung wurde bereits durchgeführt und 80 Arbeiter entlassen. Der Arbeitslosenstand in der Berufsgruppe „Industrie der Steine und Erden“ betrug Ende Mai noch fast 7800 Mann.

Die Zahl der verfügbaren landwirtschaftlichen Arbeitskräfte hat sich um rund 800 Personen auf 3100 vermindert. Infolge der günstigen Witterung hat sich die Nachfrage nach Kräften aller Art stark belebt; auch Kräfte mittleren Alters wurden in der Berichtzeit zahlreich eingestellt. In einigen Bezirken allerdings war der bei den Arbeitsämtern angemeldete Bedarf trotz der bevorstehenden Heuernte recht gering. Zusammenfassend ist zu sagen, daß weibliches Gefinde ausgenommen, das vorhandene Kräfteangebot die Nachfrage noch weit übersteigt.

Die Arbeitsmarktlage im Verkehrsgewerbe war durch den Pfingstverkehr vorübergehend gebessert. Sonst aber blieb die Arbeitsmarktlage durchaus schlecht. Bei der Reichsbahn fiel die Einstellung von Mitarbeitern in einem Bezirk deswegen aus, weil die wegen der Einschränkungen in den Betriebswerten freizumachenden Kräfte als Streckenarbeiter ein-  
 gestellt wurden. Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben. Die Vermittlungstätigkeit im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe setzte zu Pfingsten stark ein; infolge der günstigen Witterung hat die Besserung der Beschäftigungslage auch angehalten, so daß sich das verfügbare Kräfteangebot um über 800 Personen vermindert hat. Zahlreich vermittelt wurde vor allem weibliches Bedienungspersonal sowie Küchenmädchen und gute Köchinnen. Auffallend gering war die Nachfrage nach Zimmermädchen und nach Köchen.

In der Berufsgruppe Körperpflege und Reinigungsgewerbe beschränkten sich die Anforderungen auf den durch das Pfingstfest veranlaßten vorübergehenden Bedarf.

Das wenig erfreuliche Bild, das die Beschäftigungsverhältnisse der Industrie schon seit längerer Zeit bieten, hat sich in der Metallindustrie nicht geändert. Die für Württemberg und Baden so wichtige Uhrenindustrie zeigte Neigung zu weiterer Verschlechterung und auch in der Industrie der chirurgischen Instrumente ist der Beschäftigungsgrad im weiteren Zurückgehen begriffen. In der Forst- und Holzindustrie und in der Eisenindustrie steigt die Arbeitslosenzahl langsam weiter. In der Werkzeugfabrikation und in der Metallfabrikation kamen erhebliche Entlassungen vor. Eine große Maschinenfabrik baute ihre Belegschaft um weitere 90 Arbeiter ab und kündigte 30 Angestellte. Bei einer badischen Waggonfabrik erreichten sich die Entlassungen auf 300 Mann, darunter Facharbeiter aller Art. Ein Hülsenwerk entließ 40 Sensenschmiede. Eine gewisse Belebung zeigte der landwirtschaftliche Maschinenbau und die Automobilindustrie. Der gesamte Arbeitslosenstand in der Metall- und Maschinenindustrie betrug Ende Mai rund 48 000 Personen gegen 29 000 im vorigen Jahre und 18 000 im Jahre 1929.

In der chemischen Industrie stellte eine Kunstseidenfabrik eine größere Zahl an Arbeiterinnen ein.

### Letzte Nachrichten

#### Kommt es zur Reichstags- einberufung?

##### Vor der heutigen Sitzung des Reichstags

M. Berlin, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Heute abend wird der Reichstag des Reichstags zusammengetreten und sich mit den Anträgen auf Einberufung des Reichstags beschäftigen. Es stehen für heute keine entscheidenden Beschlüsse bevor, da die Parteiführer nicht selbständig vorgehen, sondern zunächst ihre Besprechungen mit dem Reichskanzler und die Stellungnahme ihrer Fraktionen dazu abwarten wollen.

Auch darüber hinaus nimmt man in politischen Kreisen an, daß eine Einberufung der Reichsversammlung abgelehnt wird. Die Landvolkpartei, die ursprünglich starke Bewegung dazu hatte, ist jetzt unter dem Eindruck der Rotverurteilung davon abgekommen. Dasselbe gilt von den Christlich-Sozialen. Man nimmt auch an, daß die Deutsche Volkspartei trotz einzelner Rundgebungen die Verantwortung für eine Krise nicht übernehmen wolle. Das gleiche gilt für die Staatspartei, in deren Fraktion es gestern ziemlich lebhaft zugegangen ist, wobei Dietrich-Waden einen sehr schweren Stand gehabt hat. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Parteien zunächst abwarten möchten, was der Reichskanzler in den Besprechungen mit ihren Führern über die Aussichten in der Reparationsfrage mitteilen wird.

### Der englische Gegenbesuch

#### Vorbereitung einer internationalen Schulden- konferenz

W.E. London, 10. Juni. (Tel.) „Daily Telegraph“ schreibt, in amtlichen Kreisen wurde gestern bestätigt, daß Macdonald wahrscheinlich Henderson bestimmt binnen kurzem Dr. Brüning und Dr. Curtius in Berlin einen Gegenbesuch abhalten werden.

Sollte die deutsche Regierung beschließen, den Plan eines baldigen dreijährigen Moratoriums bezüglich eines Teiles der Reparationen durchzuführen, so würde dieser Schritt wichtige Verhandlungen mit den alliierten Regierungen und dem beratenden Ausschuss des Youngplans notwendig machen, da der Youngplan nur ein zweijähriges Moratorium und Suspension der halben Annuitäten vorsieht. Unter diesen Umständen dürfte eine Art internationale Konferenz einberufen werden, da die Zuständigkeit des beratenden Ausschusses nicht ausreichen dürfte.

Das Blatt fügt hinzu: Henderson wünsche die Besprechungen in Berlin u. a. deshalb fortzusetzen, weil in Chequers sehr wenig über die Abklärung gesprochen worden sei. Allerdings sei in Chequers von dem geplanten Bau eines dritten deutschen Schlachtschiffes die Rede gewesen. Die deutschen Minister hätten erklärt, gegenwärtig seien sie nicht in der Lage, auf den Bau zu verzichten. Der bemerkenswerte militärische und politische Einfluß Frankreichs auf Zentral- und Osteuropa im Zusammenhang mit der Kleinen Entente sei ein weiterer Gesprächsgegenstand gewesen.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben. Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

Die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen und im Hohenloher sind unverändert schlecht geblieben.

### \* Der richtige Weg

Die große Politik befindet sich im Zustande des Aufbruchs. Die Weltwirtschaftskrise ist es gewesen, die ihn hervorrief, und die finanziellen Nöte Deutschlands haben ihn verstärkt. Mag der Anlaß an sich auch noch so traurig sein, für uns ist vielleicht dieser Aufbruch ein Segen. Denn er bringt Probleme in Bewegung, von deren Lösung so oder so, mit oder ohne Weltwirtschaftskrise, das Gedeihen Deutschlands abhängt. Es sind dies die Probleme der Abrüstung und einer vernünftigen Revision der bestehenden Verträge und des Youngplans.

Der Besuch in Chequers hat das eine Gute im Gefolge gehabt, daß er die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die deutsche Finanznot lenkte und die öffentliche Meinung in sozusagen offizieller Form auf kommende Maßnahmen der deutschen Reichsregierung in der Reparationsfrage vorbereitete. Im Laufe des heutigen Tages trifft der Reichskanzler wieder in Berlin ein. Sache des Kabinetts wird es dann sein, darüber zu entscheiden, welche Schritte Deutschland tun soll, um die Revision des Youngplans und ein Moratorium in die Wege zu leiten.

Die Aufgabe, vor der das Kabinett steht, ist nicht leicht. Erstens müssen die Maßnahmen Deutschlands so beschaffen sein, daß sie wirklich einen zum Ziele führenden Weg aufzeigen, und zweitens müssen sie von neuem so begründet werden, daß sich keine Macht mehr dem Eindruck dieser Begründung entziehen kann. Natürlich wird es dann auf die Stellungnahme der Mächte ankommen. Und hier eine Aberein Stimmung zu erzielen, wird wohl der schwierigste Teil der ganzen Angelegenheit sein.

Nordamerika hat sich lange dagegen gewehrt, daß man Reparationen und interalliierte Schulden in einen Topf wirft. Heute ist die Situation so, daß auch Washington die Verkopplung der beiden Probleme nicht mehr verhindern kann. Denn inzwischen ist bekannt geworden, daß man in Europa unter Umständen eine gesamt europäische Aktion erwägt, welche die Einstellung der sämtlichen Schuldentilgungen an die Vereinigten Staaten bezweckt, falls die deutschen Reparationszahlungen ausbleiben sollten. Die Tatsache, daß jetzt der nordamerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, und der nordamerikanische Schatzsekretär, Mellon, nach Europa reisen, um sich an Ort und Stelle über die Dinge zu informieren, zeigt klar und deutlich, wie ernst man drüben die Lage in Europa betrachtet.

Aus allem, was in der letzten Zeit über die Auffassungen in Nordamerika berichtet worden ist, geht hervor, daß man dort — vor allem im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftsdpression — bereit wäre, über eine Herabsetzung der alliierten Schulden zu verhandeln, wenn gleichzeitig eine nennenswerte Reduzierung der Rüstungen erfolgte. Die hohen Ausgaben, welche in Europa für Zwecke der Rüstung gemacht werden, werden in Nordamerika als unvereinbar mit der Forderung nach Herabsetzung der interalliierten Schulden empfunden. Man weist darauf hin, daß Amerika bereits einen gewissen

Die Beschäftigungslage der Textilindustrie zeigte das gewohnte unübersichtliche und uneinheitliche Bild. Das verfügbare Kräfteangebot nahm aber nochmals um 500 Personen ab, so daß die Beschäftigungslage im Spinnstoffgewerbe immer noch als verhältnismäßig günstig anzusehen ist, wenn auch teilweise viel Kurzarbeit herrscht und auch Entlassungen gemeldet werden. In der Zellstoffherstellung hat ein großer Betrieb seine Wiedereinstellung langsam fortgesetzt. In der Papierverarbeitung ist keine Besserung eingetreten.

In der Holzindustrie machte sich stellenweise ein leichtes Angehen der Beschäftigung in der Möbelfabrikation bemerkbar, so daß in einem Arbeitsamtsbezirk eine Entlastung um über 100 Schreiner eintrat. Die Sägewaldindustrie und die Bautischlereien zeigten ebenfalls einen weiteren leichten Fortschritt ihres Beschäftigungsgrades. Entlassungen wurden in der Spielwarenindustrie angekündigt. Eine Korffabrik hat 30 Arbeitskräfte entlassen.

Die Arbeitsmarktlage im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wird immer noch von der Tabakindustrie ausgiebig beeinflusst. Ende April waren noch 6800 Arbeitnehmer des Tabakgewerbes unterstützt, gegen 40 000 Ende Januar. In der Konfervenindustrie sind nach den Berichten einiger Arbeitsämter die um diese Zeit fälligen Anforderungen von Saisonarbeitern völlig ausgeblieben. In der Zuckerindustrie hat die Arbeitsmarktlage durch die Stilllegung einer Fabrik eine Verschlechterung erfahren. Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe hat die Besserung der Beschäftigung für Maßschneider und -schneiderinnen noch angehalten; sie erreichte aber nicht mehr den Umfang wie in den Vorwochen. In der Lederhandelsindustrie ist eine Besserung eingetreten, während die Schuhindustrie mit Ausnahme des größten Betriebes vielfach eine Einbuße ihres Beschäftigungsgrades erlitt.

In den übrigen Berufs- und Gewerbegruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.



Prozentfuß der Kriegsschulden gestrichen habe, daß aber die interalliierten Regierungen die ihnen dadurch ermöglichten Ersparnisse sofort für vermehrte Rüstungen ausgegeben hätten; die amerikanischen Bauern und Arbeiter hätten nicht die Absicht, ihr Geld für die Vorbereitungen zu einem neuen, europäischen Krieg zu opfern. Zu lösen sei die Frage der Verminderung der Schulden und der Reparationen nur im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage.

Das ist ein durchaus vernünftiger Standpunkt, den wir Deutsche durchaus billigen und verstehen. Wie jetzt von zwei amerikanischen Blättern gemeldet wird, hat man in Washington einen Plan ausgearbeitet, der eine Besserung der schlechten Weltwirtschaftslage bezweckt, und zwar auf der Grundlage einer gleichzeitigen Herabsetzung der Rüstungen, der Reparationen und der alliierten Kriegsschulden. Beschlüsse seien allerdings noch nicht gefaßt, da man erst das Ergebnis der Europareise Stimson und Mellons abwarten wolle.

Wenn dieser Plan wirklich in seinen Fundamenten so aussieht, wie es hier geschildert wird, dann zeigt er sicherlich den besten Weg, der zum Ziele führt. Seine Verwirklichung würde mit einem Schlag die drückendsten Probleme lösen und die Bahn frei machen für eine Wiedergeburt der Wirtschaft, darüber hinaus aber auch für eine Politik wahren Friedens und Vertrauens.

### Außenpolitik im schweizerischen Nationalrat

**Die Zonenfrage — Der Faschismus in der Südschweiz**  
Im Verlaufe der Besprechungen des Geschäftsberichts des Bundesrats über seine Tätigkeit im verflochtenen Geschäftsjahr rügte im Nationalrat der Berichterstatter die Tatsache, daß Frankreich eine ganze Reihe von Abkommen, welche von der Schweiz erledigt wurden, nicht ratifiziert. Bundesrat Motta erklärte dies für richtig und betonte, solange die Zonenfrage nicht geregelt sei, sei die Schweiz nicht in der Lage, bezüglich der Frage der Kriegsschulden vorzugehen. Man habe aber die Hoffnung nicht aufgegeben, daß doch noch eine Lösung in der Zonenfrage gefunden werde.

Ein Tessiner Nationalrat wies auf die zahlreichen italienischen Grenzverletzungen hin und erklärte, daß die faschistischen Organisationen in der Schweiz, die militärischen Charakter darstellten, eine Landesgefahr bedeuteten. Bundesrat Motta betonte in seiner Antwort, daß die italienische Regierung in allen Fällen von Grenzverletzungen Genugtuung gegeben habe. Bezüglich der faschistischen Organisationen in der Schweiz bestritt Motta deren politischen Charakter, doch seien Überschreitungen des Verbots des Tragens von Schwarzhemden verschiedentlich vorgekommen.

### Verlängerung des Berliner Vertrags

M. Berlin, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Der Berliner Vertrag zwischen Deutschland und Rußland, die Fortsetzung des Rapallo-Vertrags, läuft am 29. Juni ab. Er wird in der bisherigen Form verlängert werden.

### Die französisch-russischen Verhandlungen

WTB. Paris, 10. Juni. (Tel.) Die Verhandlungen zwischen den französischen und sowjetrussischen Sachverständigen über einen handelspolitischen Modus vivendi haben damit begonnen, daß die russische Delegation gewisse Forderungen hinsichtlich der Einfuhr von Waren gestellt hat und nunmehr die französischen Vorschläge erwartet. Auch über einen Nichtangriffspakt soll später verhandelt werden, aber hierüber verlautet noch nichts Bestimmtes, außer, daß auch die besarabische Frage angeschnitten werden soll.

### Kurze Nachrichten

Der Reichszentralrat nach Berlin unterwegs. Der Extrazug des Norddeutschen Lloyd mit den Passagieren der „Europa“ traf um 12 Uhr in Bremen ein. Kurz darauf letzten Reichszentralrat Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius die Reise nach Berlin fort.

**Vollentscheid in Preußen im August?** Wie die Berliner Blätter berichten, erwartet man, daß der Vollentscheid über die Landtagsauflösung in Preußen auf Sonntag, den 9. Aug., angelegt werden wird.

**Rückkehr der Nationalsozialisten in den Reichstag?** Wie der „Mote Adler“, das nationalsozialistische Organ für die Mark Brandenburg, mitteilt, werden die Nationalsozialisten für den Fall, daß der Reichstag einberufen wird, sich zunächst an den parlamentarischen Arbeiten wieder beteiligen.

**Der Deutsche Beamtenbund fordert Reichstagszusammentritt.** Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nahmt zu der neuen Notverordnung Stellung. „Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung der Notverordnung und ihrer verhängnisvollen Wirkungen“ fordert die Bundesleitung den baldigen Zusammentritt des Reichstages.

**Demonstrationen vor dem amerikanischen Konsulat in Dresden.** Vor dem Gebäude der Sächsischen Bank in Dresden, in dem sich das amerikanische Konsulat befindet, hatten sich Dienstag abend eine Anzahl junger Leute angesammelt, die revolutionäre Lieder sangen und schließlich zwei Fenster im ersten Stock mit Steinen einwarfen. Die Dresdner kommunistische „Arbeiterstimme“ schreibt, sie wären der „Protest revolutionärer Jungarbeiter gegen die geplante Einrichtung von acht Regierungsarbeitern in USA“.

**Deutsches Geschwader in Libau.** Ein deutsches Geschwader, bestehend aus dem Kreuzer „Königsberg“ und den Zerstörern „Albatros“, „Falle“, „Greif“ und „Möve“ traf heute, Mittwoch, früh in Libau zur Teilnahme an der Jahrestagung der Gründung der lettischen Kriegsmarine ein. Zwei englische Kreuzer ankern bereits im Hafen. Eritische finnische, französische, polnische und schwedische Kriegsschiffe werden heute erwartet.

**Bayreuther Bühnenspiele.** Die im Rahmen der diesjährigen Bayreuther Bühnenspiele unter Leitung des Herrn Dr. Wilhelm Furtwängler stattfindenden Aufführungen von „Tristan und Isolde“ weisen folgende Besetzung auf: Tristan: Lauritz Melchior und Gotthelf Pistor; Isolde: Nanny Corjen-Tobien; König Marke: Josef Manowarda; Kurwenal: Rudolf Bodemann; Brangäne: Anny Helm; Melot: Joachim Sattler; Hirt: Friedrich Schröder; Junger Seemann: Gustaf Möbin; Steuermann: Franz Meyer.

## Briand gegen Revision des Youngplans

### Interpellationsdebatte in Paris

In der französischen Kammer verlangte der Abg. Lorin (Fraktion Maginot) die baldige Diskussion seiner Interpellation über den Breslauer Stahlhelmtag, der eine Provokation dargestellt habe und an dem sogar der Kronprinz, der Kandidat für die Nachfolge Hindenburgs, teilgenommen habe. Auf dem Leipziger sozialdemokratischen Parteitag hätten die Redner die Stahlhelmtage getadelt, aber die Begeitigung der Reparationen gefordert. Er wolle die Eigenschaften des deutschen Volkes anerkennen, aber Deutschland sei gegenwärtig dangeramantisch und bedrohe den Frieden Europas. Sodann sprach der sozialistische Abg. Grumbach. Er sagte u. a., er wolle die nationale Gefahr in Deutschland nicht verkennen, forderte aber auch Beachtung der sozialistischen Macht.

Briand ging in seiner Antwort auf die Vorredner ein. Die Redner auf dem Stahlhelmtag, so führte er aus, bewiesen nicht gerade pazifistischen Geist. Man müsse diese Vorgänge als bedauerlich und tadelnswert bezeichnen. Es wäre für Frankreich nicht gut, wenn die Reichsregierung durch die Nationalisten gestützt würde. In Frankreich würde dies allerdings keine ernste Gefahr bedeuten. Wenn derartige Zwischenfälle sich ereigneten, müsse man sie kaltblütig und vernünftig betrachten und sie auf ihr richtiges Maß zurückführen. Man müsse die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf derartige Rundgebungen lenken und sie bitten, mit allen verfügbaren Mitteln einzuschreiten. Die Nationalisten in Deutschland seien in der Minderheit und sie seien auch nicht in der Regierung. Briand kam dann auf die Reparationsfrage zu sprechen, die ebenfalls in der erwähnten Interpellation angeschnitten wurde. Briand erklärte, es sei Frankreichs gutes Recht, nein zu sagen, wenn man ihm etwas vorschreibe, was den Interessen Frankreichs zuwiderlaufe. Es sei nicht möglich, eine Frage wie diese ohne Frankreichs Zustimmung zu regeln. Es sei nicht möglich, das feierlich unterzeichnete Abkommen ohne Einwilligung Frankreichs umzusetzen. Der Youngplan sei erst kürzlich in Kraft gesetzt worden. Es könne nicht die Rede davon sein, ihn zu revidieren, da er einen definitiven Charakter habe.

### Die Auffassung in Berlin

M. Berlin, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Die Rede Briands ist in Berlin verhältnismäßig ruhig aufgenommen worden, wobei man allerdings hinzufügen muß, daß selbst ein Teil derjenigen Presse, die bisher immer noch auf die Loyalität Frankreichs baute, darin völlig umgeschwenkt ist. Wie wir erfahren, ist wegen des Stahlhelmtages in Breslau in Berlin irgendeine französische Demarche nicht erfolgt. Lediglich hat Briand in Paris bei den üblichen Empfängen der Botschafter diese Angelegenheit erörtert, und Herr v. Hoelch hat pflichtgemäß das nach Berlin weiterberichtet.

Daß Frankreich auf seinen Verträgen besteht, wenn sie ihm besonders gelegen sind, übersehen nicht, während es bekanntlich in solchen Fällen, bei denen die Verträge Deutschlands günstig sind, gar nicht so genau auf ihrem Wortlaut besteht. In politischen Kreisen sagt man, daß wir innerhalb des Youngplans, ohne von der Gegenseite gehindert zu werden, selbständig eine Reihe von Schritten unternehmen können. Nur wenn wir eine Abänderung des Planes selbst wollen, müßten wir die Gläubiger zu einem Einverständnis bringen.

## Deutschland an der Grenze des Möglichen

### Houghton für Herabsetzung der Zahlungen

WTB. Pittsburg, 9. Juni. (Tel.) Der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin und London, Houghton, der bei der Semesterschlussfeier des Carnegie-Instituts von Technology für eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen gesprochen hat, führte u. a. folgendes aus:

Wenn Deutschland allmählich in eine unmögliche Situation hineingetrieben werde, so würde das ein so gewaltiges Ereignis sein, daß Amerika schon jetzt gezwungen wäre, sich mit dieser Möglichkeit zu beschäftigen. Deutschland spiele eine zu bedeutende Rolle in der alten Welt, als daß diese ohne seine tätige Teilnahme imstande wäre, ihr Leben in normalen Verhältnissen zu führen. Er sagte wörtlich: Ich spreche ganz offen zu Ihnen, denn das scheint mir im Interesse Amerikas gelegen. Deutschland ist meiner Ansicht nach an der Grenze des Möglichen angelangt. Ich kann keinen Vorteil für die Welt von einem vollkommenen Zusammenbruch Deutschlands sehen. Ich will nicht daran denken, was eintreten müßte, wenn in Mitteleuropa das Chaos herrschte. Jedenfalls würden solche Ereignisse weder uns noch anderen Nationen helfen, auf den Weg der wirtschaftlichen Erholung zu kommen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es die Hilfe ist, die wir gewähren, die den Wirtschaftsbetrieb der Welt wieder anturbeln kann. Gewiß, die Verantwortung liegt nicht allein an uns, aber wir tragen sie mit. Das deutsche Volk auszuheilen, könnte sich als kostspieliges Experiment herausstellen, und darauf läßt es hinaus, wenn man es zu überzeugen sucht, daß es für die nächsten 60 Jahre an die Buchstaben der Schuldverschreibung gehalten sei, deren Gerechtigkeit es verneint. Ich bin überzeugt, daß es unsere Pflicht wäre, uns auf eine Hilfsaktion für Deutschland einzustellen.

### Bayern gegen Unitarismus

#### Scharfe Absage des Ministerpräsidenten Heß

Auf einer Tagung des Arbeitsausschusses „Reich und Heimat“ in München ergriff der bayerische Ministerpräsident Dr. Heß das Wort. Er warnte die maßgebenden Instanzen, neuerdings die Frage der Reichsreform aufzurollen. Der Kampf werde geführt um die Beherrschung der gesamten deutschen Finanz- und Wirtschaftskräfte von einer Zentrale aus. Wir hätten bereits unsere Arbeitsorganisation zentralistisch aufgebaut, und es gebe nichts Verwirrteres und nichts Demoralisierendes als diese Art der Organisation. Wir hätten unser Finanzwesen vereinheitlicht und die Wirkung sei, daß die Verarmung des ganzen deutschen Volkes unter dieser Vereinheitlichung größer sei als vorher. So teuer seien dem deutschen Volk die Steuern noch nicht aus der Tasche geholt worden als in der Gegenwart.

Der Zentralismus sei in jeder Form zu verwerfen. Im föderalistischen Staat allein bestehe die Möglichkeit, daß alle Kräfte des Volkes zu einer Einheit zusammenschmelzen in ihrer Wirkung. Wer heute die Selbstständigkeit der Länder antaste, sei ein Amtsrücker der gegenwärtigen Verfassung. Es bestehe der Verdacht, daß in den letzten Kabinettsitzungen erwogen worden sei, ob man nicht im Rahmen der Notverordnung die Reichsreform in Angriff nehmen sollte. Es habe aber doch keiner den Mut gefunden, die Reichsreform durch eine Notverordnung einleiten zu wollen. Der Föderalismus werde siegen, weil das deutsche Volk an den großen Ideen eines Freiherrn von Stein nicht vorbeigehen könne. Es gehe um Heimat, um Vaterland, um Freiheit und Recht.

## Notverordnung und Umfasssteuer

### Erhöhung der Umfasssteuer, die letzte Reserve

Bei einem Interview erklärte Reichsarbeitsminister Dr. Siegel, er könne, ohne dem Reichszentralrat vorzugreifen, bemerken, daß der Reichszentralrat mit der größten Eindeutigkeit erklärt habe, die Erhöhung der Umfasssteuer in der gegenwärtigen Stunde würde seinen Rücktritt nach sich ziehen. Die Umfasssteuer müsse referiert werden dafür, daß Reparationen in der Reparationsfrage eintreten sollten, oder aber dafür, daß die Hauptsteuer der Länder, die Hauszinssteuer, weiterhin katastrophal zusammenschrumpfe. In der Zusammenlegung von Arbeitsfürsorge und Wohlfahrtsverbandsfürsorge ständen sowohl die Dr. Braunsche Gutachterkommission als auch er persönlich seit langer Zeit auf dem gleichen Standpunkt. Man sei aus guten Gründen bei der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit davon abgekommen. Bei den Sachausgaben sei beim Reich kaum mehr etwas zu erreichen, da in dem mehr als 10-Milliarden-Groß des Reiches — wenn man von Reichswehr und Reichsmarine absehe — kaum mehr als 100 Millionen Reichsmark Sachausgaben enthalten seien. Mit der sofortigen Inangriffnahme der Reichs- und Verwaltungsreform sei er für seinen Teil sehr einverstanden.

M. Berlin, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Zu den Erklärungen Siegelwerts, die erhebliches Aufsehen erregt haben, wird gesagt, daß sie in keinem Widerspruch mit der Notverordnung und ihrer Begründung stehe. Es sei richtig, daß von einer Erhöhung der Umfasssteuer die Rede gewesen sei, sie wurde aber abgelehnt, und zwar auf Betreiben des Reichszentralrats, der sogar mit Rücktritt gedroht hat. Sie soll eben die letzte Reserve bleiben, wenn es der Kampf um die Reparationen erfordert, mit noch weiteren finanziellen Maßnahmen einzugehen.

## Die Arbeitsmarktlage im Reich

### Immer noch 4 Millionen Arbeitslose

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai 1931 war die Entwicklung des Beschäftigungsgrades in der zweiten Hälfte des Monats Mai nicht ungünstig. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen hat um rund 144 000 abgenommen; am 31. Mai belief sie sich auf rund 4 067 000.

In der Arbeitslosenveränderung wurden am letzten Stichtage — nach Rückgang um rund 134 000 — rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Belastung der Arbeitsämter hat sich weiter, und zwar um rund 15 000 auf rund 929 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Über die Aufstellung der Gesamtzahl der Arbeitslosen betreffend der Art der gewährten Unterstützung liegen zurzeit Zahlen erst für Ende April vor. Zu diesem Zeitpunkt wurden von 100 Arbeitslosen im Reichsdurchschnitt 86,7 unterstützt, davon die Hälfte aus der Arbeitslosenversicherung, knapp ein Viertel der Arbeitslosen, etwas mehr als ein Viertel aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge. Im einzelnen ist u. a. am Arbeitsmarkt des Steinkohlenbergbaus ein Stillstand der bisherigen rückläufigen Entwicklung zu erkennen. Die Landwirtschaft hat besonders in den klimatisch begünstigten Gebieten etwas stärkeren Bedarf an Arbeitskräften entwickelt.

## Grubenunglück in Schlefien

### Rohlschneidungsausbruch bei Neurode

WTB. Breslau, 10. Juni. (Tel.) Wie die Polizeiverwaltung in Neurode mitteilt, ereignete sich gestern abend gegen 11 Uhr in den Kohlen- und Tonwerken in Kohlenbörz bei Neurode zum Schichtwechsel ein Kohlschneidungsausbruch. Das Unglück forderte sieben Tote und vier Schwerverletzte.

Die Unglücksgrube heißt Ruben-Grube. Der Ausbruchsherd liegt etwa 500 Meter unter der Erdoberfläche in einem im Abteufen begriffenen Gesein. Der Ausbruch erfolgte nach dem planmäßigen Erschütterungsschießen, und zwar gleich nachdem man nach Ablauf der vorgeschriebenen Wartezeit die Schiebtüren wieder geöffnet hatte. Die ums Leben gekommenen sind die Arbeiter gewesen, die den Auftrag hatten, die Baue auf durch das Schießen etwa ausgebreitete Kohlsäure zu untersuchen. Das Rettungswerk hat sofort eingeleitet, so daß es noch möglich war, zwei von ihnen zu retten. Der neue Bergbaupolizist, Schlatmann, erklärte, es sei eine große Seltenheit, daß ein Kohlsäureausbruch erst längere Zeit nach dem Schießen hervortritt. Die getöteten Bergleute sind bis auf zwei verheiratet gewesen, die Verheirateten waren fast alle Väter mehrerer Kinder. In dem gefährdeten Gebiet arbeiten gewöhnlich 100 bis 140 Leute, die aber wegen des Schießens hinter die Schiebtüren zurückgezogen waren.

### Zur Münchener Katastrophe

Der Stadtrat von München beschloß, 50 000 RM bereitzustellen, die teils für die Durchführung einer Ernteausstellung, teils für eine Sammlung für die Münchener Vertriebenen werden sollen. Die Ernteausstellung in der Neuen Pinakothek dürfte am 15. Juli eröffnet werden und auf drei Monate bemessen sein. Im übrigen denkt die Münchener Ministerkonferenz schon daran, durch einen großen Wettbewerb, der für alle deutschen Architekten ausgeschrieben werden soll, sich in den Besitz eines neuen Ausstellungsgeländes zu bringen.

Sobald das Finanzministerium die Gelder genehmigt hat, werden die Aufbaumassnahmen einleiten, die eine Zeit von 6—8 Wochen in Anspruch nehmen dürfte. Die Kosten zu diesen Arbeiten belaufen sich auf mindestens 100 000 RM. Aus den Trümmern an der Brandstätte wurden zwei Kassenschränke geborgen, von denen der eine bereits aufgeschweißt wurde. Er enthält wichtige Dokumente und Verträge, die vollständig erhalten waren.

## Kleine Chronik

Der Direktor der Pfüllinger Gewerbetank, Schweizer, hat durch Vergiftung Selbstmord begangen. Wie aus Neutlingen berichtet wird, ist der Entschluß auf geschäftliche Schwierigkeiten zurückzuführen. Die Bank habe ihre Kassen schließen müssen, nachdem sie durch Gewährung von Krediten an ein anderes Unternehmen große Verluste erlitten hatte.

Seit ein paar Tagen werden die Häuser in Gully am Genfer See von Millionen kleiner grüner Raupen von einer Länge von höchstens zwei Zentimetern heimgeheftet. Die Raupen bedecken die Dächer und Mauern, verfedern sich unter den Ziegeln und dringen in die Wohnungen ein. Sie verstopfen selbst die Kanalisation.

Das englische Unterseeboot „Poseidon“ ist an der chinesischen Küste bei Weihaiwei nach einem Zusammenstoß mit einem kleinen chinesischen Rüstendampfer untergegangen. Der chinesische Dampfer nahm die Schiffbrüchigen, mit Ausnahme von sechs Matrosen auf, die sich mit dem Davis-Spezialrettungsapparat für Unterseeboote retteten. Zwei von ihnen konnten nach 2½ Stunden die Oberfläche erreichen, die übrigen vier nach 3 Stunden.

Die Todesstrafe in der Schweiz. Der Schweizerische Ständerat hat die Einführung der Todesstrafe im Eidgen. Strafrechtswesen verworfen.



# Badischer Teil

## Die Einweihung der Neuen Heidelberger Universität

Ein festlicher Tag

Über die Einweihungsfeierlichkeiten in Heidelberg wird noch berichtet:

Ganz Heidelberg feierte am Dienstag die Einweihung des neuen Universitätsgebäudes, das bekanntlich auf Grund einer Stiftung amerikanischer Freunde der Stadt Heidelberg, vor allem des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, Dr. Schurman, erbaut worden ist. Die Straßen prangten in Flaggenhimmel. Als Vorfeier fand am Montagabend im Europäischen Hof ein Gesellschaftsabend statt, zu dem die prominenten Teilnehmer und Ehrengäste der Einweihungsfeier versammelt waren, während sich zur gleichen Zeit ein Fackelzug von etwa 900 Studenten durch die von Zuschauern dicht gesäumte Hauptstraße bewegte.

Eine unübersehbare Menschenmenge wohnte am Freitag, Dienstag, dem Einzug der Gäste und des Lehrkörpers in das neue Universitätsgebäude bei. Lautsprecher übertrugen die Ansprache, die bei der Schlüsselübergabe durch den Erbauer der Universität, Professor Dr. Gruber (Danzig) gehalten wurde. Dann folgte der Einzug der Festgäste in das neue Haus. Neben dem Rektor, Professor Dr. Meißner, schritten Botschafter a. D. Schurman, der badische Staatspräsident Wittmann und der Generalinspektor der Vereinigten Staaten. Bei dem Festakt selbst brachte der Rektor Begrüßungslegationen des Reichsaussenministers Dr. Curtius und des badischen Landtagspräsidenten zur Verlesung. In seiner Ansprache betonte der Rektor, es gelte, ein Kulturwert zu hüten. Dann nahm Staatspräsident Wittmann zu der schon gemeldeten Rede das Wort. Botschafter a. D. Schurman machte dann die schon gemeldeten Mitteilungen über die neue amerikanische Deutschlandstiftung und legte in längerer Ausführungen dar, was die Universität für ihn, der hier studiert und promoviert habe, und für jeden anderen bedeute.

Der Rede folgte langanhaltender Beifall. Unter den Klängen eines Festmarsches verließen darauf die Festgäste die Aula. Anschließend fand in engerem Kreise ein Festessen im Schlosshotel statt. Für den Abend war im Schlossgarten ein großes Gartenfest angesetzt.

### Verein

#### Deutscher Eisenbahnverwaltungsrat

Am Mittwoch, den 10. Juni, und Donnerstag, den 11. Juni, findet in Konstanz die 109. Tagung des Technischen Ausschusses des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungsräte statt. Der Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungsräte bezweckt die Förderung der Fortschritte in Eisenbahntechnik durch regelmäßige Beratungen und durch Veröffentlichungen. Dem Verein gehören alle wichtigen deutschen, österreichischen, ungarischen, niederländischen und luxemburgischen Staats- und Privat-Eisenbahnen als ordentliche Mitglieder, ferner die dänischen, norwegischen und schwedischen Staats-Eisenbahnen sowie die schweizerischen Bundesbahnen als außerordentliche Mitglieder an. Die Vereinsstrecken haben zusammen eine Länge von rd. 94 000 Kilometer.

Für die Bearbeitung aller laufenden Angelegenheiten bestehen ständige Ausschüsse und zwar der Verwaltungsausschuss, der Personenverkehrs-Ausschuss, der Güterverkehrs-Ausschuss, der Wagen-Ausschuss, der technische Ausschuss und der Preis-Ausschuss.

Auf der Tagesordnung des technischen Ausschusses stehen wichtige Fragen des Eisenbahnverkehrs und des Eisenbahnbauwesens.

### Aus der badischen Industrie

Um die Erhaltung der Waggonfabrik Käfertal. In Käfertal hat eine öffentliche Versammlung stattgefunden, die von den Arbeitnehmern und Arbeitern der Waggonfabrik Käfertal, von der Gemeindevorstände aus Handel, Industrie und Gewerbe, von den Gemeindevorstellern des Amtsbezirks und der Stadt Käfertal und von den Vertretern der wirtschaftlichen Verbände besucht war. Die Angelegenheit der Waggonfabrik wurde nochmals besprochen auf Grund eines Referats des Direktors Prof. An der Aussprache beteiligten sich u. a. Oberbürgermeister Kemmer sowie die Abgeordneten Härdert und Kühn, welche auf die von der Regierung unternommenen Schritte hinwiesen. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, worin an die badische Regierung das dringende Ersuchen gerichtet wird, unabhängig von ihren Bestrebungen um Erhöhung der badischen Gesamtquote die Reichsbahn endlich zu veranlassen, daß die Vergütungen von Waggonlieferungen nach Baden nach dem im Staatsvertrag festgelegten Quoten-Schlüssel (1,78 Proz. für Käfertal und 2,71 Proz. für Heidelberg) vorgenommen werden, damit die seit Jahren zu Unrecht bestehende Verletzung der Waggonfabrik Käfertal beseitigt werde. Falls die Reichsbahnverwaltung diesem Verlangen nicht entspricht, möge die badische Regierung durch Anrufung des Staatsgerichtshofes diese Aufteilung erzwingen. Zum Schluß wird die äußerste Dringlichkeit einer Entscheidung in dieser Frage unterstrichen.

Neuer Lohnstreik in Brombad. In der Weberei von Gebrüder Großmann AG. in Brombad sind die Weber zum 15. Juni gefündigt worden, da sie sich einer Neuregelung der Lohnsätze und Arbeitsbedingungen widersetzen haben. Der Betriebsrat hat den Schlichtungsausschuß Freiburg zur Vermittlung angerufen. Bei dem Vorgehen der Firma liegen die Verhältnisse ähnlich wie feinerzeit bei dem Vorgehen gegenüber den Spulerrinnen und Zettlerinnen.

### Tagungen

Badischer Marinetag in Billingen. In Billingen fand die Hauptversammlung der badischen Marinevereine statt, die aus allen Teilen des Landes besucht war. Mit der Tagung verbunden war das 25jährige Jubiläum des Marinevereins Billingen. Mit großem Interesse wurde ein Lichtbildvortrag des Kameraden Schöler (Nadolschell) über das Geschwader des Grafen Spee von der Ausfahrt aus Ostafrika bis zu seinem Untergang ausgenommen. Es wurde beschlossen, erstmals einen Mitgliederbeitrag zu erheben.

Auf der Tagung der badischen Schulräte in Freiburg standen im Mittelpunkt der Beratungen zwei Vorträge über die badische Lehrerbildung (Referent Dr. Bergmann von der Freiburger Lehrerbildungsanstalt) und über die praktische Ausbildung der Lehrerbildenden im Vorbereitungsdienst (Referent Stadtoberlehrer Dr. Wintermantel, Freiburg). Nach einer erschöpfenden Berichterstattung über die zahlreichen neuen Schulverwaltungsaufgaben des vergangenen Jahres wurden interne Vereinsangelegenheiten beraten.

## Der Rektor der Universität Jena nach Freiburg berufen

Der derzeitige Rektor der Universität Jena, Prof. Dr. Walter Löhlein, der Direktor der Universitäts-Augenklinik, hat als Nachfolger von Geh. Rat Prof. Dr. Argensfeld einen ehrenvollen Ruf an die Universität Freiburg erhalten.

Professor Löhlein wurde am 5. Januar 1882 in Berlin als Sohn des hessischen Hochschullehrers Prof. Löhlein geboren. Studiert hat er an den Universitäten Bonn und Gießen. Nach Ablegung seines Staatsexamens war er Volontärassistent der medizinischen Kliniken in Gießen und München; später war er Assistent am Hygienischen Institut in Gießen und Pathologischen Institut in Leipzig. Nach dem Kriege, in dem er die Universitäts-Augenklinik in Dorpat leitete, wurde er in Greifswald zum außerordentlichen Professor ernannt und 1921 zum ordentlichen Professor der Augenheilkunde. Er ist der Verfasser einer Anzahl sehr bemerkenswerter wissenschaftlicher Werke. Anfang dieses Jahres wurde er zum Rektor der Universität Jena gewählt, nachdem er 1923 eine Berufung an die dortige Universität ablehnte, den zweiten Ruf 1924 aber annahm.

## Dr. Wirth stellt Strafantrag gegen das „Schwarzwälder Tagblatt“

Wie die Zentrumspreffe berichtet, wird Reichsinnenminister Dr. Wirth gegen das auf die Dauer von vierzehn Tagen verbotene „Schwarzwälder Tagblatt“ in Form eines Strafantrags wegen Verleumdung stellen. Die Verleumdung wird in folgendem Satz des inframittierten Artikels „Die nicht berufen sind, mitzufeiern“ erblickt: „Wenn es nach dem Zentrumsführer Wirth gegangen wäre, der der deutschen Jugend zurief, sie solle ihre Flinten wegwerfen, die doch zu nichts mehr nützlich seien, dann wäre Oberschlesien heute nicht mehr deutsches Land.“

Reichsminister Dr. Wirth bemerkt zur Sache weiter: 1. Ich habe niemals der deutschen Jugend zugerufen, sie solle die Flinten wegwerfen, die doch zu nichts mehr nützlich seien. 2. Die Verteilung Oberschlesiens war in den Jahren 1920 und 1921 selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung. In meiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister und Reichszentralbank habe ich alles getan, was der damaligen schweren Bedrängnis Schlesiens entsprach. Ich habe deshalb vor Gericht als Zeugen die Herren Generaloberst von Seedt und General Hofer, den Führer des ober-schlesischen Selbstschutzes, angeben. Ich füge noch bei, daß ich selbst feinerzeit General Hofer als Führer des ober-schlesischen Selbstschutzes bestellt habe.

## Gemeinderendschau

Bürgermeisterwahlen. In Stollhofen (Amt Bühl) verließ die Bürgermeisterwahl ergebnislos. Der bisherige Bürgermeister, Wendelin Gieger, erhielt zwar die meisten Stimmen, doch konnte er nur etwa ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, während die übrigen drei Kandidaten die beiden anderen Drittel hatten. — In Schopfheim verließ auch der zweite Wahlgang ergebnislos. Der Kandidat der Bürgervereinigung und des Zentrums, Dr. Hirt, erhielt 31 Stimmen. Stadtschreiber Schwall, Karlsruhe, der von den Sozialdemokraten nominiert wurde, vereinigte 18 Stimmen auf sich, während Bürgermeister Kölmel, Hornberg, 9 Stimmen der Wirtschaftspartei und der kommunistische Reichstagsabg. Chemnitz 10 Stimmen erhielt. Es wird daher ein dritter Wahlgang notwendig sein. — Im Gemeinderat Oberbad gab Bürgermeister Dr. Frank bekannt, daß er etwa Mitte Juli 1931 das ihm übertragene Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Ludwigsburg anzutreten gedenke. Der Gemeinderat beschloß hierauf, die Stelle des Bürgermeisters alsbald in der „Karlsruher Zeitung“ und in der Zeitschrift „Der Reichstädtebund“ zur allgemeinen Bewerbung auszusprechen. Als Schlusstermin zur Einreichung von Bewerbungen wurde der 27. Juni 1931 festgelegt.

Oberbürgermeister Dr. Feimerich in den engeren Vorstand des Deutschen Städtetages gewählt. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat auf seiner letzten Sitzung in Münster neben Oberbürgermeister Dr. Sahn-Berlin und Oberbürgermeister Dr. Kütz-Dresden auch Oberbürgermeister Dr. Feimerich-Mannheim zum Mitglied des engeren Vorstandes des Deutschen Städtetages gewählt.

Der Verbandspräsident Waldhörn beriet den Haushaltsplan, dessen Festsetzung wohl in keinem der letzten 10 Jahre so schwierig wie in diesem war. Der Gemeinderat hat einem Voranschlag zugestimmt, der einerseits den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt, andererseits aber auch die langersehnte Umlageentlastung vorsieht. Es wurde anerkannt, daß bei der derzeitigen Gemeindeverwaltung der ernste Wille zur Sparsamkeit besteht, so daß es möglich war, die Gemeindesteuer über das gesetzliche Maß hinaus zu ermäßigen. Die diesjährige Gemeindesteuer ist gegenüber den Vorjahren gesenkt beim: Grundvermögen von 157 Pf auf 131 Pf, also um 26 Pf; Betriebsvermögen von 63 Pf auf 51 Pf, also um 12 Pf; Gewerbeertrag von 787 Pf auf 627 Pf, also um 160 Pf. Der ungedeckte Aufwand beträgt 78 540 RM gegenüber 90 647 Reichsmark im Vorjahre. Es ist bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß in den letzten 10 Jahren in der Hauptposition des Voranschlags, nämlich unter „Wald“, ein viel günstigeres Bild zu verzeichnen war, wie in diesem Jahre. So waren im Jahre 1926/27 — 13 151 Festmeter Holz bei einem Erlös von 110 bis 120 Proz. der LGPr.; 1927/28 — 22 758 Festmeter Holz bei einem Erlös von 110 bis 120 Proz. der LGPr.; 1928/29 — 12 529 Festmeter Holz bei einem Erlös von 85 bis 95 Proz. der LGPr. zu verzeichnen und in diesem Jahre steht nur der Normaleinschlag mit 9000 Festmeter zur Verfügung bei einem Erlös von 55 bis 65 Proz. der LGPr. Somit ist nach Maß und Erlös gegenüber den Vorjahren in der Waldwirtschaft ein erheblicher Ausfall vorhanden. Der Kulturaufwand dagegen ist im Verhältnis zur Nutzung derselben wie in früheren Jahren. Mithin der Voranschlag dieses Jahres Zinsen und Tilgung aus einem Darlehen von 120 000 RM, das im vergangenen Jahre zur Deduktion eines in den Jahren 1927—1930 entstandenen Fehlbetrags, aufgenommen werden mußte, nicht aufbringen, würde das vor Jahren erstellte Jugendwandelheim sich einigermaßen rentieren, hätte es seit seiner Erstellung nicht immer wieder neue Aufwendungen erfordert und wäre die Verwirklichung vertraglich nicht so ungünstig für die Gemeinde geregelt worden, so dürften sich die diesjährigen und künftigen Umlagesätze unter dem Niveau der Vorkriegsjahre bewegen. Für Tilgung und Verzinsung des erwähnten Darlehens war in diesjährigen Voranschlag ein Aufwand von 28 000 RM vorzusehen; dieser Aufwand wird die Voranschläge der künftigen Jahre immer wieder entsprechend belasten. Daß die Gemeindeverwaltung und der Gemeinderat sich trotz allem zu einer großzügigen Steuerentlastung entschlossen haben, wurde durch den Bürgerauschuß in der Weise dankbar anerkannt, daß der Voranschlag einstimmig angenommen wurde.

Badische Heimattagung. Die diesjährige Jahreshauptversammlung des Landesvereins Badische Heimat wird voraussichtlich am 26. und 27. September in Rehl stattfinden.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	10. Juni		9. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.31	169.65	169.31	169.65
Kopenhagen 100 Kr.	112.71	112.93	112.71	112.93
Italien . . . 100 L.	22.04	22.08	22.03	22.07
London . . . 1 Pf.	20.473	20.513	20.475	20.515
New-York . . . 1 D.	4.2065	4.2145	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.459	16.499	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	81.68	81.84	81.63	81.79
Wien 100 Schilling	59.17	59.29	59.15	59.27
Prag . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.471	12.491

Spannung auf dem Devisenmarkt. Der letzte Ausweis der Reichsbank weist Verluste an Deckungsmitteln, Gold und Devisen, in Höhe von 163 Mill. Reichsmark auf. Davon entfallen 90 Mill. auf die Goldreserven nach Frankreich. Der Golddepotsbestand hat um 143 Mill. abgenommen und die Golddepots bei den ausländischen Notenbanken sind dementsprechend um über 50 Mill. erhöht worden. Über die Goldabgaben hinaus hat die Reichsbank weitere 73 Mill. Deckungsdevisen abgegeben, wodurch deren Bestand auf 113 Mill. zusammengeschmolzen ist. Da der Ausweis für den 6. Juni ausgestellt ist, kommen in ihm nur die bis zum 4. d. M. getätigten Abgaben zum Ausdruck. In den nachfolgenden Tagen haben die Devisenabziehungen noch verstärkt angehalten und dürften einschl. der inzwischen auch in London mit 20 Mill. vorgenommenen Goldverkäufe auf rund 160 Mill. zu schäben sein, so daß bisher im ganzen 320 Mill. an Deckungsmitteln abgeflossen sein dürften. Da ungefähr in dem Maße, in dem die Ausleihungen sich weniger als sonst vermindert haben, Deckungsmittel abgeflossen sind, zeigt der Notenumlauf eine normale Verminderung um 246 Mill. Das Deckungsverhältnis ist somit, dank des bisher günstigen Status der Reichsbank, durchaus gesund. Mit einer Diskonterhöhung wird man vorerst kaum zu rechnen brauchen. Durch eine vorzeitige Diskonterhöhung würde die Reichsbank lediglich die Geldsätze verteuern, der Wirtschaft also neue Lasten aufbürden, ohne damit den Ursachen für die Devisenverluste beizukommen. Diese bestehen ausschließlich in Abziehungen des Auslandes.

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 bis 1926 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 1. bis 6. Juni auf 77,0 gegenüber 78,5 in der Vorwoche, in der Gruppe „Verkehr und Schwerindustrie“ auf 69,6 (71,0), Gruppe „Verarbeitende Industrie“ auf 67,5 (69,1) und Gruppe „Handel und Verkehr“ 103 (101,7).

Enginger-Union-Werte AG., Mannheim. Die Generalversammlung, in der 18 Aktionäre 4 020 800 RM. Aktienkapital vertreten, hatte neben der Genehmigung der Bilanz per 31. Dezember 1930 auch die Einziehung von 1 Mill. RM. Aktien der Gesellschaft und Herabsetzung des Grundkapitals von 6,20 auf 5,20 Mill. RM. zu beschließen. Im übrigen wurde die Bilanz genehmigt und antragsgemäß beschlossen, aus dem nach 225 930 RM. Abschreibungen und 100 000 RM. Sonderabschreibungen verbleibenden Reingewinn von 456 948 RM. eine Dividende von 7 Prozent zu verteilen. Auf neue Rechnung werden 45 559 RM. vorgetragen. Die turnusgemäß auscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats, Bankier Hans Arnold, Berlin, Fabrikant Jakob Fietel, Rechtsanwalt Dr. Max Gadenburg, beide Mannheim, Direktor Hermann Rosenthal, Prag, wurden wiedergewählt.

Kohlenpreisfestung um 1 RM für 1000 Kilogramm? Reichsfinanzminister Dietrich, der an der Fraktionsführung der Staatspartei teilnahm, sagte, der „Voll. Ztg.“ zufolge, bei Besprechung der Notverordnung, daß durch die Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn eine fühlbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bewirkt werde. Mit den Vertretern des Bergbaues würde über eine Herabsetzung der Kohlenpreise um 1 RM. für die Tonne verhandelt.

Stand der Reben im Reich Anfang Juni. Durch den langen Nachwinter hat die Entwicklung bei den Weinböden erst verspätet eingeleitet. Bei der feuchtwarmen Maiwitterung konnte die Wachstumsverzögerung aber wieder ziemlich eingeholt werden. Der Austrieb der Reben ist im allgemeinen rasch und gleichmäßig verlaufen, der Anlauf der Geshmeine wird als gut beurteilt. Meldungen über Frostschäden liegen bisher nicht vor. Für die wichtigsten Gebiete des deutschen Weinbaues lautet die Begutachtung des Rebestandes unter Zugrundelegung der Zahlennoten 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, wie folgt: preuß. Rheingau-gebiet 2,1; Rheingebiet 1,8; Mosel-, Saar- und Ruwertalgebiet 1,8; Ahrgebiet 1,9; badische Weinbaugebiete 2,2; Rheinhessen 2,2; Rheinpfalz 1,9; Unterfranken 1,8; Nordrhein 1,9.

Rhein-Main-Donau-AG. Nach dem Bericht der Rhein-Main-Donau-AG., Mannheim, erforderte die Bautätigkeit an der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße im Geschäftsjahr 1930 einen Aufwand von rund 11 Millionen Reichsmark, so daß die Bauobjekte sich auf rund 105 Millionen Reichsmark erhöht haben. Die im Betrieb befindlichen Kraftwerke haben einwandfrei gearbeitet. Die Stromerzeugung betrug 214 Millionen Kilowattstunden (im Vorjahr 190 Millionen). Aus dem Erlös der Kraftwerke konnten nach Verteilung der Verzinsung der investierten Kapitalien und nach Vornahme angemessener Abschreibungen auch die Ausgaben für Betrieb und Unterhaltung der Schiffahrtsanlagen an den fertiggestellten Staustufen aufgebracht werden. Der Betriebsüberschuß stieg auf 2,89 (2,64) Millionen Reichsmark. Nach Abrechnung aller Inkosten und Betriebsausgaben verbleibt ein Überschuß von 1,23 (1,09) Millionen Reichsmark, aus dem 0,85 (0,75) Millionen Reichsmark dem Abschreibungsfonds, 0,30 (0,24) Millionen Reichsmark dem Reservefonds zugewiesen und 5 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien wie im Vorjahr verteilt werden sollen.

Sanomag saniert 3:2. Der Abschluß der Hannoverischen Maschinenbau-AG. vorm. Georg Geffert (Sanomag) ergibt nach 1,34 (i. V. 1,43) Mill. RM. Abschreibungen einen Verlust von 3,73 (i. V. 0,7) Mill. RM. Zur teilweisen Tilgung dieses Verlustes soll die offene Reserve von 0,67 Mill. RM. herangezogen werden, während der Rest von 3,06 Mill. RM. vorgetragen wird. Der Generalversammlung soll die Herabsetzung des Gesamtkapitals von 14 auf 9 Millionen Reichsmark vorgeschlagen werden. Ein Teil der Aktien wird im Verhältnis von 3:2 zusammengelegt werden, so daß das Kapital sich dann aus 8 740 000 RM. Stammaktien und 280 000 RM. Vorzugsaktien zusammensetzt, was annähernd dem Vorkriegskapital entspricht.

**E. Büchle** Inhaber: W. Bertsch  
Kaiserstraße 132  
Spezialhaus für

**Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei  
billigst. Berechnung  
Große Auswahl



### Aus der Landesbauhauptstadt

**Todesfall.** Im 82. Lebensjahre ist der langjährige Landtagsstenograph Friedrich Seiberlich nach schwerer Krankheit gestorben. Er war schon in der früheren Ersten Kammer als Stenograph tätig. Sein Leichenbegängnis hat in aller Stille stattgefunden.

**Die Nahrungsmittel- und Gewerbebehörde im Mai.** Im Monat Mai wurden 582 Kannen Milch geprüft und 209 Proben zur Untersuchung erhoben. Davon mußten 15 Proben als gewässert (5-35%), 5 als fettarm, 2 als schmutzig und 4 als sauer und deshalb minderwertig beanstandet werden. Sämtliche Beanstandungen fallen den Produzenten von auswärts zur Last. Die Kontrollen von 26 Bäckereien ergaben 3 Beanstandungen bezüglich der Bäckereiverordnung und 16 Beanstandungen wegen unterlassenen Schutzes der Waren gegen Fliegen und andern. Die Kontrollen von 30 Metzgereien und 89 Wirtschaften ergaben 9 Beanstandungen, insbesondere wegen Verfehlungen gegen die Fleischschau- und Verhinderungsbestimmungen. Dabei wurden bei 8 Wirtschaften und 2 Metzgereien erhebliche Mengen von Fleischwaren beschlagnahmt und in den Schlachthof verbracht, weil das Fleisch der amtlichen Fleischschau nicht unterzogen war. Die Kontrolle von 62 Speiseissherstellern ergab 23 Beanstandungen, weil zum Teil unvorschriftsmäßige Räume zur Herstellung benützt und zum Teil die Herstellungsgeräte nicht in Ordnung waren, wodurch die Gefahr des Ozydierens der Kupperteile bestand. Um Vergiftungsgefahren vorzubeugen, wurde den Leheren die Herstellung des Speiseeises bis zur Instandsetzung ihrer Geräte untersagt. Von Lebens- und Genussmitteln wurden im ganzen 88 Proben zur Untersuchung gebracht. Davon wurden beanstandet: 1 Probe Butter, weil sie 24,8 Proz. Wasser enthielt, obwohl der Höchstwassergehalt nur 18 Proz. betragen darf; 2 Proben Milchbröckchen, weil sie ohne Milch hergestellt waren; 2 Bursproben, weil die eine verdorben war und die andere einen zu hohen Fremdwassergehalt hatte; 1 Probe Limonade, weil sie künstlich gefärbt war; 1 Probe Seelachs wegen falscher Bezeichnung; 2 Proben Milchbrot, weil die eine zu unecht als Spezialbrot bezeichnet und die andere vom Kartoffelbrot befallen war und dadurch einen widerlichen Geruch hatte. Ferner gelangten 78 Personen wegen anderer Zuwiderhandlungen gegen wirtschaftliche und gewerbliche Gesetze und Verordnungen zur Anzeige.

**Wasserstauungen und Überschwemmungen.** Die zahlreichen außerordentlich ergiebigen Niederschläge der letzten Tage haben an vielen Stellen in Karlsruhe, sowie der näheren und weiteren Umgebung zu großen Überflutungen und Wasserstauungen geführt. Vielfach ist durch die Wassermasse die Gesundheit gefährdet. Gärten und Anlagen sind streckenweise vollkommen aufgeweicht und unpassierbar geworden. Besonders am Rheintor sind die Überflutungen sehr groß. Die Vororte Knielingen, Maxau und Daxlanden sind durch die vielen Wärmegewitter und die damit verbundenen außerordentlich ergiebigen Platzregen in ihrer Umgebung zu Inseln geworden.

**Die neue Schwurgerichtsperiode.** Am kommenden Montag wird das Karlsruher Schwurgericht zu seiner nächsten Tagungsperiode zusammengetreten. Zunächst steht auf der Tagesordnung die Verhandlung gegen den Landwirt Heinrich Schmidt aus Unterweismheim, der wegen Totschlags angeklagt ist. Der Anklage liegt die schwere Bluttat zugrunde, die in Unterweismheim in der Nacht zum 11. Januar begangen wurde. Der Angeklagte, der mit einem Mädchen in Streit geriet, schoß in seiner Aufregung blindlings um sich. Dabei verletzte er den Fingelarbeiter Lautenschläger, der ihn beruhigen wollte, und auf den er anlegte, lebensgefährlich. Am nächsten Tage wird sich der Maurer Anton Kaiser aus Königsbach bei Pforzheim zu verantworten haben, der unter der Anklage sein Bruder getötet zu haben, steht. Ebenfalls am Dienstag kommt ein Meineidsprozeß gegen den Arbeiter Schmidt aus Helmsheim zur Verhandlung.

**Vorverkauf von Eisenbahnfahrkarten ohne Aufschlag.** Das Lloyd-Reisebüro Goldfarb, Kaiserstr. 181, Ecke Herrenstraße, ist für den Bezirk Karlsruhe offizielle Vertreter des „M.G.R.“ (Mitteleuropäisches Reisebüro Berlin) ferner der „Mitropa“ (Schlafwagen-Gesellschaft) und der „Lufthansa“. Dem reisenden Publikum ist die große Bequemlichkeit geboten, sich in diesem Reisebüro (im Mittelpunkt der Stadt) Eisenbahnfahrkarten für alle Klassen und nach allen Stationen für In- und Ausland, zusammenstellbare „M.G.R.“-Fahrcheine, Schlafwagenarten sowie Flugcheine (alles ohne irgendwelchen Aufschlag) im Vorverkauf zu besorgen.

**Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwoch morgen:** Die Wetterlage hat sich seit gestern nicht wesentlich geändert. An der Vorderseite der im Westen liegenden Zykone strömt ununterbrochen mäßig warme maritime Luft nach Europa und erhält bei uns den unbeständigen Witterungscharakter. — Voraussage für den 11. Juni: Keine wesentliche Änderung des bestehenden Witterungscharakters.

### Badische Lokal-Eisenbahnen Aktien-Gesellschaft.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am

30. Juni 1931, vormittags 11 Uhr, in den Geschäftsräumen des Notariats Karlsruhe I, Kaiserstraße 184, stattfindenden

82. ordentlichen Generalversammlung eingeladen. R. 245

- Tagesordnung:**
1. Berichterstattung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
  2. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
  3. Beschlußfassung über Genehmigung der Abschlußrechnung und Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
  4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Geschäftsbericht und Bilanz liegen ab heute bei unserer Hauptkasse in Karlsruhe, Ettlingerstraße 53, zur Einsicht der Aktionäre auf.

Die Aktien sind gemäß § 26 der Satzung spätestens 6 Tage vor der Generalversammlung, den Tag der Hinterlegung und der Generalversammlung nicht mitgerechnet, vor 6 Uhr abends zu hinterlegen bei Berliner Handelsgesellschaft in Berlin, Darmstädter u. Nationalbank in Berlin, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin und deren Filialen in Köln (Rhein), Frankfurt (Main), Mannheim und Karlsruhe, Sal. Oppenheimer jr. & Co. in Köln, Wm. Schlutow in Stettin.

Die Hinterlegung von Reichsbankdepotscheinen berechtigt nicht zur Abstimmung.

Karlsruhe, den 9. Juni 1931.

Der Aufsichtsrat:  
gez. Wilhelm Frey, Vorsitzender.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 31 enthält eine Bekanntmachung des Ministers des Innern über das Gesetz über die öffentlichen Sparkassen, sowie eine Verordnung des Ministers des Innern über den Vollzug des Sparkassengesetzes.

**D3. Mannheim, 10. Juni.** Vor dem Mannheimer Schnellrichter hatten sich gestern sechs Kommunisten und Anhänger der K.P.D. zu verantworten, die bei der Demonstration am Vorabend verhaftet worden waren. Ein Herr Fischer aus Ludwigshafen erhielt drei Monate Gefängnis, weil er mitverantwortlich gemacht wurde, daß die Demonstration nicht mehr rechtzeitig abgesetzt wurde. Die übrigen wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung unter Verstoß gegen die Verordnung zu Gefängnisstrafen von 15 Tagen bis zu drei Monaten verurteilt.

**D3. Heidelberg, 9. Juni.** Eine angeblich von der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion herausgegebene, in Wirklichkeit aber schon längst von dem verbotenen „Heidelberger Beobachter“ verbreitete Sonderchrift mit Wörtern zur Feier der Universität wurde von der Polizei wegen ihrer ungewöhnlich scharfen Angriffe beschlagnahmt. — Nach Schluß des Fackelzuges am Montag wandte sich ein studentischer Redner gegen die Polizei. Diese teilte dazu mit, daß die Schlußfeier des Fackelzuges auf dem Universitätsplatz nur deshalb nicht gestattet wurde, weil der Platz schon für die Feier am Dienstag mit freischem Kies usw. hergerichtet war. Wie die „Heidelb. N. Nachr.“ mitteilen, haben die beiden katholischen Verbindungen: Ripuaria und Palatia ihren Austritt aus der Deutschen Studentenschaft erklärt. Die Burschenschaften und Landsmannschaften haben bei der Feier in der Universität nicht chargiert, alle übrigen Verbindungen waren aber erschienen.

**D3. Heidelberg, 10. Juni.** Der Württembergische Landtag, der gestern nachmittag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten war, hat sich heute zur Besichtigung des Redartanals nach Heilbronn begeben und er wird auf seiner Besichtigungsfahrt auch Heidelberg einen Besuch abstaten.

**Hd. Forst bei Bruchsal, 9. Juni.** Dienstag nachmittag um 4 Uhr wurde der hier wohnhafte, 24 Jahre alte Erwin Böfer, der mit seinen Eltern vom Felde heimkehren wollte, vom Blitz getroffen. Er war sofort tot, während seine Eltern mit dem Schreden davonkamen.

**D3. Baden-Baden, 9. Juni.** Seit 19. Mai wird ein hiesiger Gewerkschaftssekretär vermisst. Er beteiligte sich an diesem Tage an einer Sitzung seines Verbandes in Karlsruhe. Seit dieser Zeit ist er verschwunden. Sein Verschwinden ist um so rätselhafter, als er in vollkommen geordneten Verhältnissen lebt. Die Nachforschungen des Landespolizeiamtes verliefen bisher ergebnislos.

\*Regelschur bei Kehl, 9. Juni. Da gegen den von der zweiten Generalversammlung gefassten Sanierungsbeschlusses der Bezugs- und Ablassgenossenschaft des Bauernvereins Einsprüche erhoben worden war, mußte sich nunmehr noch eine dritte Generalversammlung mit diesem Sanierungsplan befassen, der auch diesmal wieder, wie die „Kehler Ztg.“ von zuverlässiger Seite hört, nach lebhafter Aussprache in der alten Fassung genehmigt wurde. Als Vertreter der Zentralgenossenschaft Karlsruhe wohnten der Generalversammlung die Herren Schill und Gärtner bei.

\*Augschütten, 10. Juni. Nächsten Freitag können die in weitesten Kreisen bekannten Gelehrte Kirchenwirt Peter Herrmann und seine Ehefrau Gottwina geb. Ganzmann das Fest der silbernen Hochzeit feiern.

**Hd. Freiburg, 9. Juni.** Ein Jubiläum eigener Art konnte am Dienstag das fachärztliche Institut der Universität durch die Behandlung des 10000. Studenten feiern. Schöpfer und Förderer dieser Idee war der verorbene Prof. Dr. de la Camp. Der jetzige Leiter ist Dr. Dures.

**D3. Sülzingen, 9. Juni.** Unter ungeheurer Anteilnahme der gesamten Bevölkerung sind die vier Kinder des Strahenmeisters Emil Mauer, die von ihrer Mutter mit der Art erschlagen worden sind, in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt worden. Die Untersuchung dieser fürchterlichen Tragödie hat ergeben, daß die geistig unmadete Frau die Tat unter einer Zwangsidee ausgeführt hat. Die Mutter war nervenleidend und ihr Zustand verschlimmerte sich von Tag zu Tag, so daß die Frau ihre Unterbringung in der Heilanstalt Neichenau fürchtete. Sie glaubte auch, daß ihre Kinder als böses Erbe diese Nervenleiden bekommen würden und so setzte sie allmählich in ihr die Idee fest, sie müsse ihre Kinder vor diesem Schicksal bewahren. Auch wollte sie nicht, daß man den Kindern später sagen sollte: „Eure Mutter ist närrisch.“ Wiederholt hat sie geäußert: „Wenn ich nur sterben und alle vier Kinder mitnehmen könnte.“

Zu dieser Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältlich.

Fr. 12. 6. Don Juan. Hierauf: Gianni Schicchi. Sa. 13. 6. Zum erstenmal: Ständchen bei Nacht. So. 14. 6. Nachmittags: Der Hauptmann von Köpenick. Abends: Victoria und ihr Husar. Im Konzerth.: Keine Vorstellung.

**PORPHYRWERK DOSSENHEIM**  
HANS VATER  
DOSSENHEIM  
LIEFERUNG VON  
**STRASSENBAU-MATERIAL**

### Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der Badischen Regierung der

**KARLSRUHER ZEITUNG**  
BADISCHER STAATSANZEIGER

Druck G. Braun, Karlsruhe.

### Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Errichtung der katholischen Filialkirchengemeinde Zusenhofen, Pfarrei Ruffbad i. N.

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat nach staatsministerieller Genehmigung vom 23. April 1931 unterm 12. Mai 1931 (Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 10 vom 21. Mai 1931) für die Katholiken, die auf der Gemarkung Zusenhofen (Amt Oberkirch) wohnen, mit Wirkung vom 1. April 1931 unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zur Pfarrei und Kirchengemeinde Ruffbad i. N. eine selbständige, rechtspersönliche katholische Filialkirchengemeinde Zusenhofen errichtet.

Karlsruhe, den 1. Juni 1931.  
Der Minister des Kultus und Unterrichts:  
J. V. Dr. G u b e r.

Bekanntmachung

Umfassung des Danielshofs auf der Gemarkung St. Märgen von Ruffbad nach St. Märgen.

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat nach staatsministerieller Genehmigung vom 4. Mai 1931 unterm 12. Mai 1931 (Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 10 vom 21. Mai 1931) die Katholiken, die auf dem zur Gemarkung St. Märgen gehörigen Danielshof wohnen, mit Wirkung vom 1. April 1931 von der Pfarrei und Kirchengemeinde Ruffbad losgetrennt und der Pfarrei und Kirchengemeinde St. Märgen zugeteilt.

Karlsruhe, den 2. Juni 1931.  
Der Minister des Kultus und Unterrichts:  
J. A. Dr. A r m b r u s t e r.

Bekanntmachung

Umgrenzung der katholischen Kirchengemeinde St. Josef in Freiburg und der katholischen Filialkirchengemeinde Freiburg-Beckenhausen.

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat nach staatsministerieller Genehmigung vom 4. Mai 1931 unterm 12. Mai 1931 (Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 10 vom 21. Mai 1931) die Westgrenze der katholischen Kirchengemeinde St. Josef in Freiburg i. Br., gegen die katholische Filialkirchengemeinde Freiburg-Beckenhausen, Pfarrei Reben, mit Wirkung vom 1. April 1931 in nachstehender Weise festgesetzt:

Von der Rehener Straße an, südwestlich entlang der Jöninger Straße, südlich von Lgb. Nr. 12 617 und nördlich von Lgb. Nr. 12 616 a und dem anschließenden Gewannweg folgend bis zur Rehener Straße, Johann dieser entlang in östlicher Richtung bis zur Westgrenze von Lgb. Nr. 12 715, dieser nordöstlich folgend und ihrer Fortsetzung bis zur Südgrenze von Lgb. Nr. 12 781, Johann westlich bis zum Gewannweg (östlich von Lgb. Nr. 12 773), diesem in nördlicher Richtung folgend bis zur Verlängerung der Barbarastrasse, dieser entlang in westlicher Richtung bis zur Südgrenze von Lgb. Nr. 12 864, alsdann längs der Westgrenze dieses Grundstückes und in gerader (nördlicher) Richtung weiter bis zur ehemaligen Gemarkungsgrenze zwischen Freiburg und Beckenhäusen.

Karlsruhe, den 2. Juni 1931.  
Der Minister des Kultus und Unterrichts:  
J. A. Dr. A r m b r u s t e r.

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Ministerialrat Dr. Albert Jung im Ministerium des Innern zum Präsidenten der Bad. Gebüderversicherungsanstalt; die Kanzleiaffistentin Martha Schäfer bei der Landesversicherungsanstalt Baden zur Verwaltungsauffassistentin; die Kanzlistinnen Luise Rathgeb und Thelma Nagel bei der Landesversicherungsanstalt Baden zur Kanzleiaffistentinnen.

Berest:

Verwaltungsauffassistent Alfons Wirtel beim Bezirksamt Neustadt zu jenem in Weßheim.

In den Ruhestand versetzt:

Polizeisekretär Heinrich Fajler in Freiburg.

Gestorben:

Landesökonomierat Friedrich Huber in Radolfzell und Polizeikommissar Albin Bernauer in Freiburg.

### Bezirkssparkasse Lörrach

(Öffentliche Verbandssparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1930

	Soll	Haben	
Kassenbestand	45 108,00	Spareinlagen	4 886 763,10
Girozentralen u. Banken	75 459,99	Giro- und Kontokorrentguthaben	554 543,89
Termingelder	950 000,—	Termingelder	665 000,—
Beschlagnahmten	480 807,39	Aufwertungs-Spareinlagen	1 331 053,43
Eigener Wertpapierbestand	259 130,40	Aufwertungs-Spareinlagen	501 289,—
Kontokorrent- und Girodebitoren	1 026 638,64	Haagen	49 377,29
Feste Darlehen	3 978 809,06	Aufwertungsabrechnungs-konto Lörrach	6 619,63
Einlage beim Giroverband	129 800,—	Aufwertungsabrechnungs-konto Haagen	290 668,64
Zinsenrückstände	127 138,85	Sonderumlagen	5 000,—
Vorschüsse u. Wiedererzshgebäude	10 550,76	Reingewinn	72 989,87
	164 500,—	Bürgschaften	7 500,—
(Feuerversicherungsanstalt) 242 400,—		Beschulobligo	131 154,06
Giroeinrichtungen	1,—		
Übergangsverrechnungen	1 586,03		
Aufwertungsfordernngen			
Lörrach	1 123 037,53		
Haagen	400 732,11		
Bürgschaften	7 500,—		
Beschulobligo	131 154,06		
	8 753 299,85		8 753 299,85

### Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzlichen Rücklagen sollen betragen . . . 292 065,34 RM  
sie betragen . . . 292 583,51 RM

Somit mehr . . . 518,17 RM

Lörrach, den 16. März 1931.

Der Verwaltungsrat:  
gez. Dr. G r a s e r, Vorsitzender. gez. Dr. S e i g, Direktor.